

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (22. Ausschuss)**

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung  
– Drucksache 14/5730 Nr. 2.23 –**

#### **Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen Fortschritte bei den Aktionen von eEurope SEK (00) 2139; Ratsdok. 14195/00**

##### **A. Problem**

Der Europäische Rat Feira am 19. und 20. Juni 2000 hatte einen umfassenden „e-Europe“-Aktionsplan 2002 gebilligt und die Organe, die Mitgliedstaaten und alle anderen Beteiligten aufgefordert, seine vollständige Durchführung bis 2002 sicherzustellen und langfristige Perspektiven für eine wissensbasierte Wirtschaft zu entwickeln, die dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Integration mittels der Informationstechnologien gefördert und die digitale Kluft überwunden wird. Als kurzfristige Priorität sollten die notwendigen Schritte unternommen werden, um die Kosten für den Zugang zum Internet durch eine Entflechtung auf der Ebene der Teilnehmeranschlüsse zu senken. Die Kommission sollte dem Europäischen Rat auf seiner Tagung in Nizza sowie danach regelmäßig über die Fortschritte der Verwirklichung der Ziele des Aktionsplans Bericht erstatten. Mit dem Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen Fortschritte bei den Aktionen von eEurope werden ausführlich die Fortschritte in tabellarischer Form beschrieben, die die europäischen Institutionen seit der Verabschiedung des Aktionsplans auf dem Europäischen Gipfel in Feira erzielt haben.

##### **B. Lösung**

Annahme einer Entschließung, mit der der Deutsche Bundestag die Initiative der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union begrüßt, mittels des gemeinsamen Aktionsplans „eEurope 2002 – eine Informationsgesellschaft für alle“ gemeinsam beim Aufbau der Informationsgesellschaft in den Mitgliedstaaten vorzugehen und auch den Aufbau der benötigten neuen Kommunikationsstrukturen im Gesundheitswesen in Abstimmung miteinander zu betreiben. Über die erreichten Zwischenergebnisse soll dem Ausschuss für Gesundheit parallel zu den Berichten für die Sitzungen des Europäischen Rates von der Bundesregierung unterrichtet werden.

**Annahme mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, F.D.P. und PDS**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung – Drucksache 14/5730 Nr. 2.23 –  
folgende Entschließung anzunehmen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Initiative der Staatsechefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mittels des gemeinsamen Aktionsplans „eEurope 2002 – eine Informationsgesellschaft für alle“ gemeinsam beim Aufbau der Informationsgesellschaft in den Mitgliedstaaten vorzugehen und auch den Aufbau der benötigten neuen Kommunikationsstrukturen im Gesundheitswesen in Abstimmung miteinander zu betreiben. Über die erreichten Zwischenergebnisse soll dem Ausschuss für Gesundheit parallel zu den Berichten für die Sitzung des Europäischen Rates von der Bundesregierung berichtet werden.

Berlin, den 18. Juli 2001

### **Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union**

**Dr. Friedbert Pflüger**  
Vorsitzender

**Hans-Werner Bertl**  
Berichterstatter

**Dr. Ralf Brauksiepe**  
Berichterstatter

**Ulrike Höfken**  
Berichterstatterin

**Ernst Burgbacher**  
Berichterstatter

**Uwe Hixsch**  
Berichterstatter

**Dr. Martina Krogmann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Hans-Werner Bertl, Dr. Ralf Brauksiepe, Ulrike Höfken, Ernst Burgbacher, Uwe Hixsch und Dr. Martina Krogmann

### 1. Beratungsverfahren

Durch die Unterrichtung über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen Vorlagen vom 30. März 2001 (Drucksache 14/5730 Nr. 2.23) ist das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen Fortschritte bei den Aktionen von eEurope an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union federführend und an den Innenausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen worden.

Das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen wurde durch die Unterrichtung über die gemäß § 93 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen Vorlagen vom 11. Mai 2001 (Drucksache 14/6026 Nr. 4.2) nachträglich dem Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 92. Sitzung am 16. Mai 2001 beschlossen:

*Der Ausschuss für Gesundheit begrüßt die Initiative der Staatschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, mittels des gemeinsamen Aktionsplans „eEurope 2002 – eine Informationsgesellschaft für alle“ gemeinsam beim Aufbau der Informationsgesellschaft in den Mitgliedstaaten vorzugehen und auch den Aufbau der benötigten neuen Kommunikationsstrukturen im Gesundheitswesen in Abstimmung miteinander zu betreiben. Über die erreichten Zwischenergebnisse soll dem Ausschuss parallel zu den Berichten für die Sitzungen des Europäischen Rates von der Bundesregierung berichtet werden.*

Der **Innenausschuss** hat in seiner Sitzung am 9. Mai 2001, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner Sitzung am 16. Mai 2001, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner Sitzung am 9. Mai 2001, der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Wohnungswesen** in seiner Sitzung am 16. Mai 2001, der **Ausschuss**

**für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** in seiner Sitzung am 16. Mai 2001 und der **Ausschuss für Kultur und Medien** in seiner Sitzung am 16. Mai 2001 beschlossen, das Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zur Kenntnis zu nehmen.

### 2. Gegenstand des Antrags

Der Europäische Rat Feira am 19. und 20. Juni 2000 hatte einen umfassenden „e-Europe“-Aktionsplan 2002 gebilligt und die Organe, die Mitgliedstaaten und alle anderen Beteiligten aufgefordert, seine vollständige Durchführung bis 2002 sicherzustellen und langfristige Perspektiven für eine wissensbasierte Wirtschaft zu entwickeln, die dazu beitragen, dass die gesellschaftliche Integration mittels der Informationstechnologien gefördert und die digitale Kraft überwunden wird. Als kurzfristige Priorität sollten die notwendigen Schritte unternommen werden, um die Kosten für den Zugang zum Internet durch eine Entflechtung auf der Ebene der Teilnehmeranschlüsse zu senken. Die Kommission sollte dem Europäischen Rat auf seiner Tagung in Nizza sowie danach regelmäßig über die Fortschritte der Verwirklichung der Ziele des Aktionsplans Bericht erstatten. Mit dem Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen Fortschritte bei den Aktionen von eEurope werden ausführlich die Fortschritte in tabellarischer Form beschrieben, die die europäischen Institutionen seit der Verabschiedung des Aktionsplans auf dem Europäischen Gipfel in Feira erzielt haben.

### 3. Beratungsverfahren – federführender Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat sich in seiner 72. Sitzung am 20. Juni 2001 mit dem Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen Fortschritte bei den Aktionen von eEurope befasst und dem Votum des Ausschusses für Gesundheit vom 16. Mai 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, F.D.P. und PDS zugestimmt.

Berlin, den 18. Juli 2001

**Hans-Werner Bertl**  
Berichtersteller

**Dr. Ralf Brauksiepe**  
Berichtersteller

**Ulrike Höfken**  
Berichterstellerin

**Ernst Burgbacher**  
Berichtersteller

**Uwe Hixsch**  
Berichtersteller

**Dr. Martina Krogmann**  
Berichterstellerin



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 29.11.2000  
SEK(2000) 2139

ARBEITSDOKUMENT DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

## **Fortschritte bei den Aktionen von *e*Europe**

## **Einführung**

Das folgende Arbeitspapier beschreibt in tabellarischer Form ausführlich die Fortschritte, die die europäischen Institutionen seit der Verabschiedung des eEurope-Aktionsplans auf dem europäischen Gipfel in Feira erzielt haben. Eine Zusammenfassung dieser Entwicklungen findet sich im Zwischenbericht über eEurope<sup>1</sup>, den die Kommission gleichzeitig dem europäischen Gipfel in Nizza vorlegt.

---

1 KOM (2000) 783

## Ziele für das Jahr 2000

<b>Billigerer und schnellerer Internet-Zugang</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Arbeiten im Hinblick auf die Einführung von mehr Wettbewerb bei den Ortsanschlussnetzen und die Entbündelung des Teilnehmeranschlusses Senkung der Preise für Mietleitungen durch mehr Wettbewerb und Umsetzung der Kommissionsempfehlung	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission	Verordnungsentwurf über die Entbündelung des Teilnehmeranschlusses am 12. Juli 2000 vorgelegt. Politische Einigung im Rat und im Europäischen Parlament erzielt.
	Mitgliedstaaten	Kommissionsempfehlung vom November 1999 mit Preisobergrenzen. Nur DK liegt unter der empfohlenen Preisobergrenze für 2Mbit-Leitungen. DK und BE liegen darunter für 34 Mbit-Leitungen. Branchenuntersuchung: Die ersten Ergebnisse, die auf einer Anhörung am 22. September 2000 vorgelegt wurden, sind zu finden unter <a href="http://europa.eu.int/comm/competition/antitrust/others/">http://europa.eu.int/comm/competition/antitrust/others/</a> - "Sector Inquiries", "Leased Lines". Für P, ES, EL, IT und BE sind weitere Untersuchungen geplant.
Erforderlichenfalls und ohne den Wettbewerb zu verzerren, sind vor allem in den strukturschwächeren Regionen aus öffentlichen Mitteln bevorzugt die Entwicklung der Informationsinfrastruktur und entsprechende Projekte zu fördern	Mitgliedstaaten, Europäische Investitionsbank, Europäische Kommission, Privatsektor	Als Ergebnis der Verhandlungen über die neuen Programme des Strukturfonds für den Zeitraum 2000-2006 haben alle Mitgliedstaaten die Informationsgesellschaft darin vorrangig einbezogen und sind damit den Hinweisen der Kommission gefolgt. Die Programme umfassen eine Erweiterung und den Ausbau der Netze sowie den Internet-Schnellzugang für Bildungseinrichtungen und für die FTE. 2001 wird eine umfassende Untersuchung des Anteils von Themen der Informationsgesellschaft an vom Strukturfonds geförderten Projekten in die Wege geleitet. Am 18./19. Dezember 2000 findet in Lyon eine Konferenz über ‚Informationsgesellschaft und wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt‘ statt. Die EIB finanziert im Rahmen ihrer Initiative ‚Innovation 2000‘ Projekte über IKT-Netze. Diese Initiative mit vier weiteren Investitionsschwerpunkten wird für drei Jahre mit Mitteln in Höhe von 12-15 Mrd. € ausgestattet.

<b>Sichere Netze und intelligente Chipkarten</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Aufstellung gemeinsamer Grundspezifikationen für die Interoperabilität und Sicherheit intelligenter Chipkarten.	Privatsektor, Normenorganisationen, Europäische Kommission	<p>Im April 2000 verabschiedeten Vertreter der Verbraucher, der Industrie und von Behörden eine <i>Chipkartencharta</i>, durch die auf hoher Ebene gemeinsame Anforderungen festgelegt werden sollen.</p> <p>Im September nahmen 200 Personen in Athen an der ersten Arbeitssitzung über die Umsetzung der Chipkartencharta teil. Es wurden zwölf <i>Arbeitsgruppen</i> für alle Aspekte der Charta und eine zeitweilige <i>Task force</i> zur Koordinierung dieser Arbeitsgruppen gebildet, und die Arbeit an den <i>Gemeinsamen Anforderungen</i> (neuer Name für „Gemeinsame Spezifikationen“) begann.</p> <p>Die Task force stellte ihr Programm am 25. Oktober 2000 auf ‚Cartes 2000‘, der weltweit wichtigsten Chipkartenkonferenz, öffentlich vor.</p> <p>Die Zusammensetzung der Task force und die Gemeinsamen Anforderungen dürften auf einer Konsensitzung Mitte Dezember förmlich bestätigt werden.</p>
<b>Arbeiten in der wissenschaftsgestützten Wirtschaft</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig</b>	<b>Progress made</b>
Förderung von mehr Flexibilität am Arbeitsplatz, z.B. Telearbeit und Teilzeitarbeit, gegebenenfalls durch Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern und Unterstützung durch die Mitgliedstaaten	Sozialpartner, Mitgliedstaaten, Privatsektor	Die „Erste Stufe der Anhörung der Sozialpartner zur Modernisierung und Verbesserung der Arbeitsbeziehungen“, einschließlich eines Rahmens für Telearbeit auf Gemeinschaftsebene, wurde Ende Juni 2000 eingeleitet.
<b>Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs</b>		
<b>Action</b>	<b>Actor (s)</b>	<b>Progress made</b>
Erlass der ausstehenden EU-Rechtsvorschriften über <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Urheberrecht</li> <li>➤ Fernabsatz von Finanzdienstleistungen</li> <li>➤ Elektronisches Geld</li> <li>➤ Rechtsprechung</li> </ul>	Rat, Europäisches Parlament	Urheberrecht - politische Einigung auf einen gemeinsamen Standpunkt. Fernabsatz von Finanzdienstleistungen – Verhandlungen im Rat laufen. Richtlinie über elektronisches Geld am 16. Juni 2000 verabschiedet. Rechtsprechung - Brüsseler Regelung – Stellungnahme des EP am 21.9.2000. Geänderter Vorschlag der Kommission am 26.10.2000. Politische Einigung im Rat am 30.11.2000 erwartet, gefolgt durch förmliche Annahme durch den Rat vor Ende 2000. Anm.: In eEurope wurden ursprünglich zwei weitere Rechtsakte genannt - die Doppelverwendungsverordnung und die Richtlinie über



<p>Stärkung des Verbraucher- vertrauens in den elektro- nischen Geschäftsverkehr zusammen mit Verbraucher- verbänden, Wirtschaft und Mitgliedstaaten. Förderung von alternativen Lösungen der Streitbeilegung, Güte- zeichen und wirksamen Verhaltenskodizes durch Entwicklung allgemeiner Grundsätze zusammen mit den Interessenvertretern und durch Schaffung von Anreizen. Im Rahmen des von der Kommission betreuten „elektronischen Vertrauensforums“ sollen so viele Interessenvertreter wie möglich an diesem Prozess mitwirken. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten das europäische Netz für außergerichtliche Streit- beilegung (EEJ-Net)<sup>2</sup>, das verschiedene Lösungen für Streitfälle miteinander verknüpft, fördern und auf europäischer Ebene im Rahmen des IST- Programms Pilotprojekte starten.</p>	<p>Privatsektor, Europäische Kommission, Mitglied- staaten</p>	<p>den elektronischen Geschäftsverkehr. Inzwi- schen wurden beide Rechtsakte angenommen. Das EEJ-Net<sup>2</sup> wurde offiziell im Juni 2000 ins Leben gerufen. Arbeitstagung über außergerichtliche Streit- beilegung im März 2000. Das Forum eConfidence nun auch im Web (<a href="http://econfidence.jrc.it">http://econfidence.jrc.it</a>) - soll noch 2000 offiziell eröffnet werden. Aufstellung von Leitlinien für Verhaltenskodizes und Gütezeichen durch Kommission und wichtige Interessenvertreter - Arbeiten laufen, werden noch dieses Jahr abgeschlossen. Mehrere Projekte werden von der Kommission mitfinanziert, z.B. Web Trader, ECODIR, im Rahmen der Programme IST und TEN- Telekom. Die Gemeinsame Forschungsstelle (GFS) wird vor Ende dieses Jahres ein technisches Demonstrationssystem für die Streitbeilegung über das Netz auf den Weg bringen. Die Kommission erarbeitet einen Vorschlag für eine Empfehlung über Grundsätze für die außergerichtliche Streitbeilegung, die nicht unter die Empfehlung von 1998 fallen (d.h. für die Vermittlung und die Schlichtung), der noch dieses Jahr angenommen werden soll.</p>
<p>Kommission soll stärkere Flexibilisierung der Vorschriften für den elektronischen Geschäfts- verkehr bei stärkerer Koregulierung und frei- williger Selbstkontrolle, u.a. durch Zusammenarbeit mit Unternehmensgremien wie Global Business Dialogue (GBDe)<sup>3</sup>, fördern</p>	<p>Europäische Kommission, Mitglied- staaten, Privatsektor</p>	<p>GBDe<sup>3</sup> (Konferenz in Miami am 26. September 2000) einigte sich darauf, unter den eigenen Mitgliedern globale Leitlinien für alternative Streitbeilegung und Gütezeichen durchzusetzen. Auch die Richtlinie über elektronischen Geschäftsverkehr empfiehlt die Verwendung von Verhaltenskodizes. eConfidence-Initiative der Kommission (siehe oben). Kommission arbeitet an einem Weißbuch zum Thema verantwortungsvolle politische Führung, das Überlegungen zu verschiedenen Formen der Regulierung und Koregulierung enthalten wird.</p>

2 European Extra-Judicial network.

3 [www.gbde.org](http://www.gbde.org)

Stärkung der Rechtssicherheit für KMU, die elektronische Geschäftsverkehrsdienste in der ganzen Union anbieten, durch einen im Netz angebotenen Informationsdienst und durch Aufklärung	Europäische Kommission	Es laufen Vorbereitungen zur Schaffung eines Web-Portals, das alle erforderlichen Informationen über die auf europäischer, nationaler und internationaler Ebene auf den elektronischen Geschäftsverkehr anwendbaren Rechtsvorschriften gruppiert. Das Portal sollte nächstes Jahr eröffnet werden. Es wird kleinen und mittleren Unternehmen Rechtsinformationen, Hilfsmittel für das Verständnis dieser Informationen und interaktive Dienste bieten, damit sie die Rechtsvorschriften über elektronischen Geschäftsverkehr besser verstehen und sich daran halten können.
Einführung von .eu als Bereichsnamen oberster Stufe	Europäische Kommission, Rat, Europäisches Parlament	Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat über die Einrichtung des .EU-Registers sollte von der Kommission noch dieses Jahr und vom EP und dem Rat so bald wie möglich danach angenommen werden. Die ICANN <sup>4</sup> ist grundsätzlich damit einverstanden, den neuen Bereichsnamen oberster Stufe zu delegieren. Danach wird das Register für den Bereichsnamen .EU eingerichtet. Die Kommission wird die Registerorganisation unter Konsultierung der Mitgliedstaaten benennen.
<b>Regierung am Netz - elektronischer Zugang zu öffentlichen Diensten</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Entwicklung eines koordinierten Konzepts für Informationen des öffentlichen Sektors, auch auf europäischer Ebene	Europäische Kommission	Bis Ende 2000 wird die Kommission eine Mitteilung über die Folgemaßnahmen zum Grünbuch über Informationen des öffentlichen Sektors annehmen. Mit dieser Mitteilung soll das koordinierte Vorgehen weiterentwickelt werden. Die Annahme dürfte im November 2000 erfolgen. Die Kommission arbeitet an einem Portal über das Gemeinschaftsrecht, das bis 2001 alle Rechtstexte der Union zugänglich machen wird.

4 Internet Corporation for Assigned names and Numbers

<b>Europäischer digitaler Inhalt für globale Netze</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Einleitung eines Programms zur Anregung der Entwicklung und Nutzung europäischer digitaler Inhalte in den globalen Netzen und der Förderung der sprachlichen Vielfalt in der Informationsgesellschaft; dabei auch Förderung der Nutzung von Informationen des öffentlichen Bereichs und Einrichtung wichtiger europäischer digitaler Datensammlungen <sup>5</sup>	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten, Privatsektor	Vorlage eines Vorschlags für ein Programm ‚eContent‘ zur Unterstützung der Entwicklung und Nutzung europäischer digitaler Inhalte, am 24. Mai 2000. Das Programm könnte auf dem Rat ‚Telekommunikation‘ im Dezember 2000 angenommen werden.
Schaffung eines Mechanismus zur Koordinierung der Digitalisierungsprogramme der Mitgliedstaaten - Festlegung gemeinsamer Themen, Katalogisierung der vorhandenen Ressourcen, Gewährleistung der Interoperabilität	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten,	Arbeitstagung in Luxemburg im Januar 2000. Tagung unter Leitung der Troika am 15./16. November 2000 zur Festlegung der Prioritäten und Zeitpläne für die Behandlung der zentralen Fragen Interoperabilität und Verabschiedung von Normen. Unterstützt durch Projekte im Rahmen des IST-Programms.
<b>Intelligente Verkehrssysteme</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Umsetzung der Empfehlung über die Beteiligung der Privatwirtschaft an der Einführung von Reiseinformationsdiensten in Europa	Mitgliedstaaten, Privatsektor	Kommission wird die Empfehlung noch dieses Jahr annehmen.
Beschluss der Kommission zur Annahme von Spezifikationen für die drahtlose Kommunikation in Hochgeschwindigkeitszügen	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten	Kommt noch vor Ende 2000.
Annahme eines Beschlusses über den weiteren Ausbau der Galileo-Infrastruktur	Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Rat	Eine Mitteilung der Kommission über das Satellitennavigationsprogramm Galileo wird noch vor Ende dieses Jahres angenommen. Die Mitteilung wird am 20. Dezember 2000 dem Rat ‚Verkehr‘ vorgelegt.

<sup>5</sup> Vorschlag für eine ENTSCHEIDUNG DES RATTS über ein mehrjähriges Gemeinschaftsprogramm zur Unterstützung der Entwicklung und Nutzung europäischer digitaler Inhalte in globalen Netzen und zur Förderung der Sprachenvielfalt in der Informationsgesellschaft.

Siehe: [http://europa.eu.int/comm/information\\_society/eeurope/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/information_society/eeurope/index_en.htm)

## Ziele von eEurope - 2001 und 2002

<b>Billigerer und schnellerer Internet-Zugang</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Wesentliche Verbilligung des Internetzugangs bis zu den weltweit niedrigsten Preisen durch stärkeren Wettbewerb und deutliche Leistungsvergleiche auf nationaler und europäischer Ebene	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2001</b>	Vergleich der Kosten für den Internetzugang ist angelaufen.
Verabschiedung der fünf Richtlinien <sup>6</sup> über einen neuen Rahmen für elektronische Kommunikations- und damit verbundene Dienste; Annahme der neuen Richtlinie der Kommission über den Wettbewerb bei Kommunikationsdiensten <sup>7</sup>	Rat, Europäisches Parlament, Europäische Kommission <b>2001</b>	Fünf Richtlinienentwürfe veröffentlicht (12. Juli 2000). Erste Besprechung auf dem Rat ‚Telekommunikation‘ am 3. Oktober 2000.  Kommission wird die Richtlinie zusammen mit der Annahme des Telekom-Paketes durch den Rat und das EP annehmen.
Verbesserte Koordinierung des europäischen Rahmens für die Frequenzpolitik	Rat, Europäisches Parlament <b>2001</b>	Kommission nahm am 12. Juli 2000 einen Entwurf einer Entscheidung über einen Rechtsrahmen für die Frequenzpolitik an. Dieser liegt dem Rat und dem Parlament zur Erörterung vor.  Außerdem wurde in der Vorbereitungsphase der Weltfunkkonferenz im Mai-Juni 2000 eine Mitteilung mit dem Ziel erstellt, die einschlägigen politischen Ziele der Kommission zu bekräftigen. Derzeit wird an einer Mitteilung über die Ergebnisse der Konferenz gearbeitet.
Koordinierte Zuweisung der Frequenzen für drahtlose multimediale Systeme <sup>8</sup>	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2001</b>	Die Kommission hat den Mitgliedstaaten einen Fragebogen über die Frequenzzuweisung und den bestehenden Rechtsrahmen geschickt. Nachfolgende Diskussionen im Genehmigungsausschuss ergaben, dass die Mitgliedstaaten noch nicht von der Notwendigkeit einer Harmonisierung überzeugt sind. Die

<sup>6</sup> Diese Richtlinien betreffen den gemeinsamen Rahmen, Zugang und Zusammenschaltung, Genehmigungen, Universaldienst und Nutzerrechte sowie Datenschutz.

<sup>7</sup> Vollständiger Titel: *Richtlinie der Kommission zur Änderung und Kodifizierung der Richtlinie 90/388 der Kommission über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikationsdienste.*

<sup>8</sup> im 40,5 bis 43,5 GHz-Band entsprechend dem Beschluss der Europäischen Rundfunkkonferenz (ERC) vom 1.6.1999.

Volle Umstellung auf IPv6 im Rahmen einer Pilot-einführung in Europa, Mobilisierung der wichtigsten Telekom-Unternehmen und der Hersteller zusammen mit Diensteanbietern und Nutzern	Europäische Kommission, Privatsektor <sup>9</sup> 2001	einschlägigen Arbeiten werden fortgeführt. Die Kommission ist dabei, erste Treffen mit der Industrie zu veranstalten, um mögliche Maßnahmen in diesem Bereich zu erörtern. Daneben unterstützt das IST-Programm auch die versuchsweise Einführung neuer Systeme, wie etwa die programmübergreifenden Aktionen zu Netzen der nächsten Generation und die LONG <sup>10</sup> -, 6INIT- und 6WINIT <sup>11</sup> -Projekte bezüglich der Entwicklung von IPv4 zu IPv6 und der Einführung des mobilen Internet.
<b>Schnelleres Internet für Forscher und Studenten</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Für die Vernetzung der Forschung im Zuge des IST-Programms werden angemessene Mittel bereitgestellt (zusätzlich zu den 80 Mio. € für die Verbesserung des transeuropäischen Grundnetzes, das die nationalen Forschungs- und Ausbildungsnetze verbindet), damit Europa global die führende Rolle im Verbund übernehmen kann und das Netz zu einem voll optischen Grundnetz mit größerer Bandbreite und höheren Dienstleistungskapazitäten ausgebaut wird.	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten 2001	Das Géant-Projekt wurde von der Kommission gebilligt und läuft am 1. November 2000 an. Ende des Jahres werden die Ergebnisse der Ausschreibung für Géant bekannt. Bis Januar 2001 wird ein umfassender Plan bereitliegen, um Europa als Partner eines weltweiten Verbunds zu stärken. Es wurden auch Mittel angewiesen, um den Verbund mit den Mittelmeerländern sicherzustellen, und die Vorbereitungen für die Eröffnung einer neuen Verbindung mit dem asiatisch-pazifischen Raum (über Korea) kommen gut voran.
Die nationalen Forschungsnetze sollten so verbessert werden, dass Forscher und Studenten in ganz Europa von leistungsstarken Netzen profitieren können, z.B. mit Hilfe der	Mitgliedstaaten, Europäische Investitionsbank 2001	Die Kommission hat Kontakt mit der EIB aufgenommen, und noch vor Ende 2000 werden weitere Sitzungen mit Kostenträgern und den nationalen Forschungs- und Ausbildungsnetzen stattfinden. In mehreren Mitgliedstaaten werden die Strukturfonds für 2000-2006 für die

<sup>9</sup> Überall in diesem Aktionsplan umfasst der Begriff ‚Privatsektor‘ neben der Privatwirtschaft auch nichtstaatliche Organisationen wie Verbraucher- und Benutzerverbände.

<sup>10</sup> LONG umfasst einen Prüfstand für die nächste Generation, die Anpassung und Validierung eines repräsentativen Angebots von Anwendungen an Szenarios der nächsten Generation, die Durchführung von Versuchen und Experimenten und die Aufstellung von Leitlinien für die Migration von Netzen und Anwendungen.

<sup>11</sup> Das Hauptziel von 6WINIT ist die Validierung der Einführung des neuen mobilen drahtlosen Internet (IPv6, GPRS und UMTS/3GPP) in Europa nach Normen und Empfehlungen der IETF und des IPv6-Forums, und die Einflussnahme auf diese Gremien. Es sollen die bestehenden Anwendungen auf medizinischen Gebiet und im Bereich des mobilen elektronischen Geschäftsverkehrs in einem mobilen Umfeld integriert und das ordnungsgemäße Funktionieren des integrierten Systems gewährleistet werden.

Strukturfonds und der Unterstützung der EIB.		Aufrüstung der Netze (einschließlich der Forschungsnetze) angesprochen.
In den Universitäten sollten ein Internet-Schnellzugang und ein Intranet eingerichtet werden, z.B. mit Hilfe der Strukturfonds und einer Unterstützung der EIB.	Mitgliedstaaten, Europäische Investitionsbank <b>2001</b>	Die Kommission hat Kontakt mit der EIB aufgenommen, und noch vor Ende 2000 werden weitere Sitzungen mit Kostenträgern und den nationalen Forschungs- und Ausbildungsnetzen stattfinden. Mittel der Strukturfonds werden bereitgestellt, um den Zugang der Hochschulen zum Internet zu verbessern.
Förderung der WWG-Technologie durch Entwicklung von Middleware und die Schaffung der Voraussetzungen für wirklichkeitsnahe Tests angesichts der Bedürfnisse verschiedenster Wissenschaftskreise mit dem Ziel, die einschlägige Technologie zu integrieren und zu validieren. Finanziert wird dies aus dem IST-Programm. Die Kommission wird die Einführung der Gittertechnologien bei der wissenschaftlichen Arbeit und der Zusammenarbeit in allen Bereichen durch ihre Forschungsprogramme unterstützen.	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten <b>2002</b>	Zwei wichtige Prüfstände werden gerade eingerichtet (Eurogrid und Datagrid). Insgesamt stehen für Prüfstände in Verbindung mit Gittertechnologien im Rahmen der IST-Aktion Forschungsnetze rund 15 Mio. Euro zur Verfügung. In das Arbeitsprogramm 2001 wurde eine neue programmübergreifende Aktion zu Gittertechnologien (Prüfstände, Einführung und Technologien) aufgenommen. Das IST-Arbeitsprogramm 2001 wird neue Modelle für das europaweite digitale Lernen unterstützen. Außerdem wurden alle anderen thematischen Forschungsprogramme <sup>12</sup> des Fünften Rahmenprogramms (einschließlich des horizontalen Programms über Humanressourcen <sup>13</sup> ) entweder geändert, oder ihre Arbeitsprogramme werden gerade geändert, um die Einführung von Gittertechnologien für die wissenschaftliche Arbeit und Zusammenarbeit zu unterstützen. Im Juli dieses Jahres veranstaltete die Kommission eine Arbeitstagung in Brüssel zu diesem Thema mit dem Titel „Discovering eScience“.

<sup>12</sup> Lebensqualität und Management lebender Ressourcen, Umwelt, Energie und nachhaltige Entwicklung, wettbewerbsorientiertes und nachhaltiges Wachstum.

<sup>13</sup> Ausbau des Potenzials an Humanressourcen in der Forschung und Verbesserung der sozioökonomischen Wissensgrundlage.

<b>Sichere Netze und intelligente Chipkarten</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
<p>Allgemeine Verbesserung der Sicherheit von über das Netz abgewickelten Vorgängen durch</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Sicherung der Verfügbarkeit von Produkten (vor allem Netzkarten, Software und Router), die zu einer sicheren Übertragung mit Hilfe des IPSec und IPv6 beitragen können</li> <li>➤ Unterstützung von Sicherheitsbescheinigungen der zuständigen Branche durch Koordinierung der Anstrengungen und gegenseitige Anerkennung, einschließlich eines Zertifikats für Sachverständige für Informationssicherheit</li> <li>➤ Förderung von Technologien zur Verbesserung des Schutzes der Privatsphäre und ihrer Einführung, einschließlich Verhaltenskodizes und der Etablierung guter Praktiken</li> <li>➤ Förderung öffentlich-privater Zusammenarbeit bezüglich der Zuverlässigkeit von Informationsinfrastrukturen (einschließlich der Entwicklung von Frühwarnsystemen) und Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen nationalen ‚Hilfsdiensten für Computernotfälle‘</li> </ul>	<p>Privatsektor, Europäische Kommission, Mitgliedstaaten <b>2001</b></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Die Kommission leitet derzeit Diskussionen mit der Industrie darüber ein, wie in dieser Frage am besten vorgegangen werden sollte.</li> <li>➤ Aus einer Blitzumfrage ergab sich Interesse an einer Aktualisierung der Empfehlung 95/144, um die in den letzten fünf Jahren erzielten Fortschritte im Hinblick auf Vereinbarungen gegenseitiger Anerkennung und gemeinsame Kriterien zu berücksichtigen. Ein Entwurf wird der Industrie zur Stellungnahme zugeleitet.</li> <li>➤ Mit Unterstützung der GFS wird ein ‚Electronic Privacy Forum‘ (Forum zum Schutz der Privatsphäre bei elektronischen Vorgängen) eingerichtet, um den Erfahrungsaustausch zu fördern und gute Praktiken bei der Einführung von Technologien zur Verbesserung des Schutzes der Privatsphäre zu etablieren. Außerdem werden in Zusammenarbeit mit der Industrie thematische Workshops und eine Konferenz über solche Technologien veranstaltet.</li> <li>➤ Es wird eine Bestandsaufnahme unter Mitwirkung wichtiger Teilnehmer aus der Industrie und dem öffentlichen Sektor in Angriff genommen, die auch eine Konsultierung bestehender EU-Ausschüsse für Energie, Forschung und Technologie umfasst.</li> </ul>

<p>Verbesserung der Mensch-Maschine-Schnittstelle von sicheren, durch Karten bedienten Endgeräten, einschließlich besserer Benutzbarkeit durch Personen mit besonderen Bedürfnissen und Unterstützung der Mehrsprachigkeit</p>	<p>Privatsektor, Normenorganisationen, Europäische Kommission <b>2001</b></p>	<p>Es wurden eine Chipkarten-Task-force und Arbeitsgruppen gebildet, um die branchenübergreifende Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zu fördern. Darüber diskutiert wurde auf einer Tagung in Athen am 18./19. September 2000 im Nachgang zur Aufstellung der Chipkartencharta.</p> <p>Außerdem ist für Ende Januar 2001 eine Sondertagung geplant, auf der speziell die Anforderungen der Nutzer an einfach zu gebrauchende Chipkartenanwendungen festgestellt werden sollen. Die Ergebnisse werden den Arbeitsgruppen zugeleitet.</p>
<p>Verfügbarkeit kostengünstiger Chipkarten-Lösungen für die sichere Abwicklung elektronischer Vorgänge</p>	<p>Privater und öffentlicher Sektor <b>2002</b></p>	<p>Der Vereinigung ‚Europe Smartcards‘ gehören bereits rund 200 Organisationen in Europa an, die gerade einen ausführlichen Arbeitsplan aufstellen, um die Einführung von Chipkarten-Lösungen zu verbessern. Der als ‚Gemeinsame Anforderungen‘ bekannte Arbeitsplan wird für Dezember 2000 erwartet. Er sollte greifbare Verpflichtungen der wichtigsten Beteiligten enthalten, die Anforderungen zu erfüllen. In den kommenden Wochen dürften noch weitere Organisationen der Initiative beitreten und dadurch den Verpflichtungen ein noch stärkeres Gewicht geben. Folgende Ziele dürften bis Ende 2002 erreichbar sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Annahme der Gemeinsamen Anforderungen für intelligente Chipkarten (d.h. mindestens 3 betriebsbereite Anwendungen, die in mindestens 4 Ländern interoperabel sind)</li> <li>• Verbreitete Verwendung offener Chipkartenplattformsysteme (d.h. für die meisten neuen Anwendungen)</li> <li>• Mindestens 10 Millionen intelligente Chipkarten der dritten Generation (Infrastruktur mit öffentlichem Schlüssel/asymmetrische Verschlüsselung) in Gebrauch in Europa</li> </ul>
<p>Förderung der Entwicklung und Verbreitung von Plattformen für sichere Software mit frei zugänglichem Quellcode für ein effizientes „Einstöpseln und Loslegen“</p>	<p>Privatsektor, Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2002</b></p>	<p>Derzeit wird darüber diskutiert, wie dies in das IST-Programm aufgenommen werden kann. Möglich wären etwa eine europäische Implementierung der AES-Algorithmen durch Software mit frei zugänglichem Quellcode oder eine Bewertung der Sicherheitsprodukte<sup>14</sup> bekannter freier Software wie des Linux-Kerns oder des Apache-Webservers gegenüber den gemeinsamen Kriterien.</p>



Entwicklung eines koordinierten europäischen Vorgehens gegen die Cyber-Kriminalität	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2002</b>	Die Kommission wird im November 2000 eine Mitteilung über Cyber-Kriminalität und die Sicherheit im Internet herausgeben. Dabei handelt es sich um die ersten umfassenden Handlungsleitlinien der Kommission zur Cyber-Kriminalität. Die Mitteilung stellt die verschiedenen Fragen einander gegenüber, kündigt rechtliche und andere Maßnahmen an und gibt einen Überblick darüber, wie die Kommission bei der Erarbeitung weiterer Vorschläge zur Vorgehensweise die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen miteinander in Einklang bringen will.
<b>Europas Jugend ins Digitalzeitalter</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Ausrüstung aller Schulen, Lehrer und Schüler mit einem Internet-Anschluss und mit multimedialen Hilfsmitteln, gegebenenfalls mit Hilfe der Strukturfonds	Mitgliedstaaten <b>2001</b>	IST-Mittel im Rahmen der Handlungsschwerpunkte „elektronisches Lernen für Europas Jugend im Digitalzeitalter“ und „Die Schule von morgen“ bereitgestellt. Zusammen mit der Initiative „elektronisches Lernen“ wurde eine Untersuchung der Möglichkeiten zur Verringerung der Kosten der Internet-Nutzung für Unterrichts- und Ausbildungszwecke eingeleitet. In einigen Mitgliedstaaten werden Mittel der Strukturfonds eingesetzt, um das Ziel eines Anschlusses aller Schulen an das Internet zu erreichen.
Schrittweiser Anschluss der Schulen an das Forschungsnetz, gegebenenfalls mit Hilfe der Strukturfonds	Mitgliedstaaten <b>2002</b>	In das IST-Arbeitsprogramm 2001 wurde eine programmübergreifende Aktion „elektronisches Lernen für Europas Jugend im Digitalzeitalter“ aufgenommen. Sie wird einige Aspekte wie die Nutzung von Satelliten und den Mobilfunk der dritten Generation zum Inhalt haben, die künftig zum allmählichen Anschluss der Schulen an Forschungsnetze beitragen. Für die Vernetzung von Bildungs- und FTE-Einrichtungen wurden EFRE-Mittel bereitgestellt.
Bereitstellung von flankierenden Diensten und Lehrmitteln auf dem Internet sowie Einrichtung elektronischer Lernforen für Lehrer, Schüler und Eltern (z.B. Zugang für benachteiligte Kinder, Zugang zum digitalisierten, kulturellen Erbe, mehrsprachiges multimediales Lernmaterial,	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2002</b>	Im Rahmen der Handlungsschwerpunkte ‚Die Schule von morgen‘ und ‚Der lernende Bürger‘ des IST-Arbeitsprogramms 2000 wurden Projekte eingeleitet. Das Arbeitsprogramm 2001 umfasst Projekte wie ‚elektronisches Lernen für Europas Jugend im Digitalzeitalter‘, ‚Die Zukunft des elektronischen Lernens‘ und ‚Überwindung der informationstechnologischen Kluft durch Ausbau der Ausbildungsinfrastruktur‘. Im Rahmen des SOCRATES-Arbeitsprogramms 2000 wurden Projekte zu

<p>europäische Initiative für eine Software mit frei zugänglichem Quellcode, Sammlung der besten Verfahren). Die Europäische Kommission sollte diese Anstrengungen durch Berufs- und Allgemeinbildungsprogramme sowie Kulturprogramme unterstützen und im Rahmen des IST-Programms die nötigen Mittel bereitstellen.</p>		<p>allen Aspekten des elektronischen Lernens eingeleitet, in der Ausschreibung für 2001 wird das elektronische Lernen als vorrangiges Ziel genannt.</p>
<p>Schulung aller Lehrer, vor allem entsprechende Anpassung der Lehrerausbildung, gegebenenfalls mit Hilfe der Strukturfonds, sowie Schaffung von Anreizen für Lehrer, die digitalen Technologien tatsächlich im Unterricht zu benutzen. Die Europäische Kommission wird die gegenseitige Unterrichtung über die besten Verfahren sicherstellen und die Forschung im Rahmen ihrer Bildungs- und Ausbildungsprogramme und ihres IST-Programms koordinieren.</p>	<p>Mitgliedstaaten <b>2002</b></p>	<p>Im Jahr 2000 wurden Projekte im Rahmen des IST-Programms und der Bildungs- und Ausbildungsprogramme eingeleitet, um Empfehlungen und Leitlinien zu vorbildlichen Verfahren zu erarbeiten. Außerdem wird im Rahmen des Handlungsschwerpunktes ‚Die Zukunft des elektronischen Lernens‘ im Jahr 2001 der Einfluss neuer Lernumfelder auf die Lehrer untersucht.</p>
<p>Anpassung der Curricula der Schulen, um neue Arten des Lernens unter Einsatz der IKT zu ermöglichen</p>	<p>Mitgliedstaaten <b>2002</b></p>	<p>Im Jahr 2000 wurden Projekte im Rahmen des IST-Programms und der Bildungs- und Ausbildungsprogramme eingeleitet, deren Thema die für das Digitalzeitalter erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten sind. Im Jahre 2001 werden weitere Projekte über neue Systeme zur Verbesserung des elektronischen Lernens finanziell unterstützt.</p>
<p>Sicherstellen, dass alle Schüler mit der Digitaltechnik vertraut sein können, wenn sie die Schule abgeschlossen haben. Die Europäische Kommission sollte Pilotprojekte und die gegenseitige Unterrichtung über die besten Verfahren unterstützen und die</p>	<p>Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2002</b></p>	<p>Im Jahr 2000 wurden Projekte über die künftig erforderlichen Qualifikationen und neue Ausbildungshilfsmittel eingeleitet. Weitere Arbeiten im Jahre 2001 werden auf diesen Projekten aufbauen.</p>

Forschung im Rahmen ihres IST-Programm und ihrer Ausbildungsprogramme koordinieren.		
<b>Arbeiten in der wissenschaftsgestützten Wirtschaft</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Einführung eines europäischen Diploms über grundlegende Kenntnisse in der Informationstechnologie, mit dezentralen Bescheinigungsverfahren	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2001</b>	Im Hinblick auf die Anerkennung eines europäischen Diploms durch ein europaweites dezentrales Bescheinigungsverfahren stellt die hochrangige Gruppe ESDIS <sup>15</sup> derzeit ein Verzeichnis der in den Mitgliedstaaten bestehenden Bescheinigungen über IT-Kenntnisse auf. Den ersten Ergebnissen lässt sich entnehmen, dass der europäische Computerführerschein (ECDL) die Merkmale eines europäischen Diploms für grundlegende IT-Kenntnisse aufzuweisen scheint. Außerdem unterstützt das SOCRATES-Programm die weitere Entwicklung der bestehenden Systeme und einschlägige Forschungsarbeiten.
Einrichtung von Internet-Zugangsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen und von multimedialen Telezentren in allen Gemeinschaften, die Zugang zu Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung bieten, gegebenenfalls mit Hilfe der Strukturfonds	Mitgliedstaaten <b>2001</b>	ESDIS überprüft die Zahl, die Standorte und die Zugänglichkeit der Internet-Zugangsmöglichkeiten in öffentlichen Räumen, um festzustellen, welche Standorte vorrangig Mittel aus den Strukturfonds erhalten könnten. Mittel aus dem IST-Fonds wurden für die Handlungsschwerpunkte „Erprobungen und Best-Practice in bezug auf fortschrittliche Lösungen für die betriebliche Ausbildung in KMU“ und „Überwindung der informationstechnologischen Kluft durch Ausbau der Ausbildungsinfrastruktur“ bereitgestellt. Bei der Aushandlung neuer GFK und operationeller Programme für den Zeitraum 2000-2006 ist der Zugang zu neuen Technologien und der Informationsgesellschaft eine der wichtigsten Prioritäten.

15

Employment and the Social Dimension of the Information Society (Beschäftigungspolitische und soziale Dimension der Informationsgesellschaft)

Schaffung der Möglichkeit für alle Arbeitskräfte, durch lebensbegleitendes Lernen mit der Digitaltechnik vertraut zu werden	Sozialpartner, Mitgliedstaaten, Privatsektor <b>2002</b>	Im Vorschlag der Kommission für die beschäftigungspolitischen Leitlinien 2001 wurden die Sozialpartner auf allen Ebenen aufgefordert, Abkommen über lebenslanges Lernen, Anpassungsfähigkeit und Innovation abzuschließen, und zwar vor allem im Bereich der IKT. Darin sollten die Bedingungen dafür festgelegt werden, dass jeder Arbeitnehmer die Möglichkeit erhält, die für die Informationsgesellschaft notwendigen Qualifikationen zu erwerben. Im Zusammenhang mit ESDIS wurde eine Eurobarometer-Umfrage über ‚Arbeit und IKT‘ gestartet, um diese Aktion besser überwachen zu können. Einige IST-Projekte unterstützten die Entwicklung neuer Konzepte für die Ausbildung und das lebenslange Lernen. Im Jahr 2001 wird ein neuer Handlungsschwerpunkt ‚Autonomes Lernen für die Arbeit‘ darüber eingeleitet, wie der Einzelne in die Lage versetzt werden kann, sein arbeitsbezogenes Lernen festzulegen, die Unterlagen dafür zu besorgen und es durchzuführen.
Wesentliche Erhöhung der Plätze und Kurse (und dabei Förderung gleicher Chancen für Männer und Frauen) für eine informationstechnologische Ausbildung (in firmeneigenen und allgemeinen Einrichtungen), gegebenenfalls mit Hilfe europäischer Sozialfonds	Mitgliedstaaten, Sozialpartner, Privatsektor, Europäische Kommission <b>2002</b>	Die Fortschritte hierbei werden von ESDIS überwacht. Die IST-Projekte über lebenslanges Lernen und neue Lernkonzepte tragen zu den Arbeiten im Rahmen dieses Handlungsschwerpunktes bei.
Förderung eines Netzes von Lern- und Ausbildungszentren für die IKT-Ausbildung und -Weiterbildung von Hochschulabsolventen entsprechend der Nachfrage	Sozialpartner, Europäische Kommission, Mitgliedstaaten <b>2002</b>	Das IST-Arbeitsprogramm für 2001 enthält einen neuen Handlungsschwerpunkt - VIII.1.5 ‚Überwindung der informationstechnologischen Kluft durch Ausbau der Ausbildungsinfrastruktur‘. Die Kommission hat bereits das Konsortium für IKT-Laufbahnen unterstützt, das den nachfrageorientierten Ausbildungsbedarf feststellt und jetzt seine zweite Phase in Angriff nimmt. Die Kommission bemüht sich aktiv darum, Hochschulabsolventen in der Umschulung dazu zu bringen, fehlende IT-Kenntnisse zu erwerben, und die Mitgliedstaaten haben entsprechende Initiativen gemeldet.
<b>Beteiligung aller an der wissensgestützten Wirtschaft</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Die Strategien zur Vermeidung	Mitglied-	ESDIS erstellt einen umfassenden Überblick

<p>derung der informationellen Ausgrenzung werden durch Leistungsvergleiche und Austausch von Informationen über vorbildliche Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene wirksamer koordiniert</p>	<p>staaten, Europäische Kommission <b>2001</b></p>	<p>über Strategien und vorbildliche Verfahren im Hinblick auf die Koordinierung der Maßnahmen und ihre Einstufung nach Wichtigkeit. In diesem Zusammenhang wurde ein erster Entwurf eines vor Ende 2001 fertigzustellenden Berichts über die ‚elektronische Einbeziehung‘ (eInclusion report) erarbeitet.</p>
<p>Übernahme der Leitlinien der WAI (Web Accessibility Initiative) für die öffentlichen Webseiten</p>	<p>Europäische Kommission, Mitgliedstaaten <b>2001</b></p>	<p>Das Sensibilisierungs- und Demonstrationsvorhaben „Design für alle“ der WAI erhält Mittel aus dem IST-Programm. Es wurde eine dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe der Kommission geschaffen, um die Zugänglichkeit der Webseiten auf dem Europa-Server zu untersuchen. Das Amt für amtliche Veröffentlichungen (OPOCE) wird bis Ende 2000 den EU-Vertrag in einem zugänglichen Format ins Internet stellen und dafür sorgen, dass das in Entwicklung befindliche Portal über das Gemeinschaftsrecht dann erreichbar ist. Eine Gruppe von Sachverständigen für die ‚elektronische Zugänglichkeit‘ wird die einzelstaatlichen Initiativen zur Verbesserung des Internet-Zugangs für Behinderte überprüfen und die Umsetzung der WAI-Leitlinien durch die Mitgliedstaaten koordinieren. Die Kommission wird mit entsprechenden Arbeiten an den EU-Webseiten vorangehen. Für das zweite Quartal 2001 plant die Kommission eine Mitteilung über die Gewährleistung der Zugänglichkeit öffentlicher Webseiten und ihres Inhalts für alle Bürger Europas. Auf der IST-2000 Konferenz in Nizza gibt das WAI-Konsortium praktischen Unterricht über „Good design is accessible design: <u>how to make accessible Web sites</u>“.</p>
<p>Aufstellung von Normen, die das „Design für alle“ und damit die Zugänglichkeit informationstechnologischer Produkte gewährleisten, vor allem zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und der sozialen Einbeziehung von Personen mit besonderen Bedürfnissen</p>	<p>Europäische Kommission, Privatsektor <b>2002</b></p>	<p>Im Rahmen eines Auftrags der Kommission an CENELEC wurde ein Bericht über Normen für das „Design für alle“ erstellt. Die zweite Auftragsphase „Umsetzung der Normen“ wird in den ersten Monaten des Jahres 2001 in Angriff genommen.</p>
<p>Überprüfung der Übereinstimmung aller einschlägigen Rechts-</p>	<p>Mitgliedstaaten, Europäische</p>	<p>Es wird eine spezielle Gruppe von Sachverständigen aus der Kommission und den Mitgliedstaaten für die ‚elektronische</p>

vorschriften und Normen mit den Grundsätzen der Zugänglichkeit	Kommission <b>2002</b>	Zugänglichkeit' eingesetzt, um die Übereinstimmung von Rechtsvorschriften und Normen zu überwachen.
Sicherstellung der Einrichtung und Vernetzung von nationalen Spitzenforschungszentren im Bereich ,Design für alle' und Aufstellung von Empfehlungen für einen europäischen Ausbildungsgang für Entwerfer und Ingenieure.	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten <b>2002</b>	Die Gruppe von Sachverständigen für die ,elektronische Zugänglichkeit' wird einen Überblick über die Tätigkeiten und möglichen Spitzenforschungszentren in den Mitgliedstaaten erstellen. Im Laufe des Jahres 2001 wird ein Koordinierungsverfahren für die tatsächliche Vernetzung festgelegt. Arbeiten an der Aufstellung eines Ausbildungsgangs beginnen 2001.
<b>Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Erlass zweier Richtlinien über das öffentliche Beschaffungswesen mit Vorschriften zur Beseitigung rechtlicher Hindernisse für die elektronische Beschaffung	Rat, Europäisches Parlament <b>2001</b>	Die zwei vorgeschlagenen Richtlinien, die auch Bestimmungen zur Beseitigung von Hindernissen für die elektronische Beschaffung enthalten, liegen dem Rat zur Diskussion vor.
Einrichtung elektronischer Märkte für das öffentliche Beschaffungswesen	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission, Privatsektor <b>2001</b>	Die öffentlichen Verwaltungen beginnen, die elektronische Angebotseinreichung zuzulassen. Doch muss die elektronische Beschaffung unbedingt verbreiteter angewandt werden. Dabei können die sehr dynamischen und effizienten Initiativen des Privatsektors als Vorbild dienen. Mit Unterstützung des IST-Programms werden experimentelle Märkte für die elektronische Beschaffung eingerichtet, um das Potenzial solcher Plattformen zu zeigen.
Erlass einer Richtlinie über Mehrwertsteuer (MWSt) auf bestimmte elektronisch erbrachte Dienstleistungen, damit die MWSt-Regelung der EU mit dem elektronischen Geschäftsverkehr zu vereinbaren ist, insbesondere, damit für alle europäischen Anbieter von Inhalten die gleichen Bedingungen gelten	Europäische Kommission, Rat, Europäisches Parlament <b>2001</b>	Die vorgeschlagene Richtlinie durchläuft gegenwärtig den Rat und das Parlament.
Ermütigung der KMU, auf Digitaltechnik umzustellen, wobei das Netz koordiniert für den Austausch von Kenntnissen über beste Verfahren, zur Förderung der Bereitschaft	Privatsektor, Europäische Kommission, Mitgliedstaaten <b>2002</b>	Das IST-Arbeitsprogramm 2001 wird Handlungsschwerpunkte bezüglich der Umstellung auf Digitaltechnik enthalten. Das vorgeschlagene Mehrjahresprogramm für Unternehmen und Unternehmerngeist (2001-2005) wird die Initiative zur Umstellung auf

zum elektronischen Geschäftsverkehr und zum Leistungsvergleich (Benchmarking) genutzt wird. „Referenzzentren“ könnten den KMU bei der Aufnahme von Konzepten des elektronischen Geschäftsverkehrs in ihre Geschäftsstrategien helfen		Digitaltechnik durch Leistungsvergleiche und die Verbreitung vorbildlicher Verfahren ergänzen. Gleichzeitig beginnt eine Werbekampagne für den elektronischen Geschäftsverkehr.
<b>Regierung am Netz - elektronischer Zugang zu öffentlichen Diensten</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Förderung der Nutzung von Software mit frei zugänglichem Quellcode durch öffentliche Stellen und europaweiter Austausch von Erfahrungen mit guten Praktiken der „Regierung am Netz“ (im Rahmen der Programme IST und IDA)	Europäische Kommission Mitgliedstaaten <b>2001</b>	Im Rahmen des IDA-Programms wurde eine Untersuchung über den Einsatz von Software mit frei zugänglichem Quellcode in den Verwaltungen der Mitgliedstaaten eingeleitet.
Alle grundlegenden Vorgänge, an denen die Europäische Kommission beteiligt ist, müssen über das Netz laufen (z.B. Bezuschussung, Forschungsverträge, Personaleinstellung, Beschaffung)	Europäische Kommission <b>2001</b>	Im Zusammenhang mit dem Weißbuch über die Reform werden Pläne für eine ‚elektronische Kommission‘ entwickelt. Mitte 2001 findet ein Pilotversuch mit der elektronischen Einreichung von Bewerbungen in Bezug auf ein Einstellungsverfahren statt. Bei Forschungsprogrammen ist die elektronische Einreichung bereits möglich. Das Amt für amtliche Veröffentlichungen bietet bereits den Kauf und die Bezahlung von Veröffentlichungen der Kommission über das Netz an.
Förderung des Verwendung elektronischer Signaturen im öffentlichen Sektor	Mitgliedstaaten, Europäische Organe <b>2001</b>	Die Mitgliedstaaten wurden aufgefordert, der Kommission Einzelheiten ihrer laufenden Initiativen mitzuteilen. Die meisten haben bereits geantwortet; ihre Berichte werden derzeit analysiert. Zusätzlich laufen im Rahmen des IDA-Programms Pilotprojekte über den sicheren elektronischen Postverkehr zwischen Verwaltungen und die Verbesserung der Interoperabilität der Infrastrukturen mit öffentlichem Schlüssel in den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft.

Grundlegende öffentliche Daten im Netz (einschl. Rechts- und Verwaltungsinformationen, Information über kulturelle Ereignisse, Umwelt- und Verkehrsinformationen)	Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Europäischen Kommission <b>2002</b>	Hochrangige Gruppe (im Nachgang zum Grünbuch über Informationen des öffentlichen Sektors) überwacht und legt Leitlinien fest. Zusammenarbeit zwischen IDA-Programm und den Portalverwaltern der Mitgliedstaaten bezüglich Standardlösungen für Portale.
Die Mitgliedstaaten gewährleisten einen allgemeinen elektronischen Zugang zu den wichtigsten grundlegenden öffentlichen Diensten	Mitgliedstaaten <b>2002/3</b>	Viele Mitgliedstaaten haben quantitative Zielvorgaben festgelegt (z.B. Frankreich, VK, Niederlande).
Vereinfachung der netzgestützten Verwaltungsverfahren für Unternehmen, z.B. Schnellverfahren für die Firmengründung	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission <b>2002</b>	Wurde mit den Mitgliedstaaten in der Ad-hoc-Gruppe über elektronische Behördendienste („eGovernment“) erörtert. Die Vereinfachung der Verwaltungsverfahren für Unternehmen ist Inhalt des Aktionsplans zur Förderung unternehmerischer Initiative und Wettbewerbsfähigkeit („BEST-Aktionsplan“). Aus dem ersten Bericht über die Durchführung des Aktionsplans <sup>16</sup> geht hervor, dass viele Länder Verfahren zur Zentralisierung und zum Abbau der Bürokratie für Unternehmen eingeführt haben. Trotz einiger bemerkenswerter Ausnahmen dauert die Eintragung jedoch in vielen europäischen Ländern im Vergleich zu anderen Teilen der Welt noch zu lang. Daher muss hieran verstärkt weitergearbeitet werden.
<b>Gesundheitsfürsorge über das Netz</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Festlegung von Qualitätskriterien für gesundheitsbezogene Web-Standorte	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten, Privatsektor <b>2001</b>	Workshop über Qualitätskriterien mit den Mitgliedstaaten, im Gesundheitswesen Tätigen und Vertretern der Industrie für Januar 2001 geplant. Sammlung von Daten über Qualitätskontrollsysteme für nationale und regionale Web-Standorte (über den Ausschuss hochrangiger Regierungssachverständiger für Gesundheit - AHRG) im Gange. KEG erhielt Beobachterstatus vom amerikanischen Health Website Advisory Committee (Beratungsausschuss für gesundheitsbezogene Web-Standorte).

<sup>16</sup> „Bericht über die Durchführung des Aktionsplans zur Förderung von unternehmerischer Initiative und Wettbewerbsfähigkeit“, SEK(2000) 1825 vom 27.10.2000.



Veröffentlichung einer Mitteilung zu „Rechtsfragen der Gesundheitsfürsorge über das Netz im Jahre 2001“.	Kommission <b>2001</b>	Vorbereitungsarbeiten laufen
Gewährleistung, dass Anbieter von Diensten der Gesundheitsfürsorge erster und zweiter Stufe Infrastruktur - auch regionale Netze - für die Telematik im Gesundheitswesen aufbauen.	Mitgliedstaaten <b>2002</b>	Liste von Indikatoren wird mit dem AHRG abgestimmt (bis Dez. 2000). Daten über den aktuellen Stand in den Mitgliedstaaten bezüglich der Indikatoren werden gesammelt (bis Feb. 2001). Kontrollbericht wird bis April 2001 erstellt. Daten über den aktuellen Stand in den Mitgliedstaaten bezüglich der Indikatoren wird von der Arbeitsgruppe des AHRG und des Rates ‚Gesundheit‘ bis April 2002 gesammelt. Abschlussbericht wird bis Okt. 2002 erstellt.
Sammlung und Verbreitung vorbildlicher Verfahren bei elektronisch gestützten Diensten der Gesundheitsfürsorge in Europa und Festlegung von Kriterien für den Leistungsvergleich	Mitgliedstaaten, Europäische Kommission, Privatsektor <b>2002</b>	Liste von Indikatoren für vorbildliche Verfahren wird mit der AHRG-Gruppe abgestimmt (bis Dez. 2000). Aufrufe zur Einreichung von Vorschlägen für vorbildliche Verfahren im Bereich der Gesundheitsfürsorge über das Netz werden ins IST-Arbeitsprogramm 2001 aufgenommen.  FTE- und IDA-Projekte der EG und Begleitmaßnahmen im Hinblick auf vorbildliche Verfahren werden bis Ende 2002 laufend ausgewählt. Auch die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, nationale und regionale Projekte zu nennen, die vorbildliche Verfahren einsetzen.  Verbreitung der besten Verfahren durch die Webseiten über das Benchmarking von eEurope.

Einführung gesundheitsbezogener Technologie und von Netzen zur Beurteilung von Daten	Europäische Kommission, Mitgliedstaaten, Privatsektor <b>2002</b>	Die vier derzeitigen Vernetzungsinitiativen der EU und der Mitgliedstaaten sollen in folgenden drei Schritten weiter durchgeführt werden: <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ Ermittlung des aktuellen Standes bei den Netzen</li> <li>➤ Einberufung einer Sitzung mit den Mitgliedstaaten und Sachverständigen</li> <li>➤ Entwurf eines Plans über die Arbeit der Netze</li> </ul> Die Netze sind folgende: <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ System für den Austausch und die Überwachung von Gesundheitsinformationen (HIEMS)</li> <li>➤ Gesundheitsüberwachungssystem für übertragbare Krankheiten (HSSCD)</li> <li>➤ Netz für die Technologiefolgenabschätzung im Gesundheitswesen</li> <li>➤ Netz für die Information über Medizinprodukte</li> </ul> Ob an einem Netz für die relative Wirksamkeit von Arzneimitteln gearbeitet werden sollte, wird derzeit mit den Mitgliedstaaten erörtert
<b>Intelligente Verkehrssysteme</b>		
<b>Maßnahme</b>	<b>zuständig/ Datum</b>	<b>Erzielte Fortschritte</b>
Plan für die Einführung intelligenter Straßenverkehrssysteme	Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Rat <b>2001</b>	Vorbereitungen für eine Mitteilung der Kommission über die Einführung laufen in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten. Finanzielle Unterstützung durch TEN-Verkehr für den Zeitraum 2001-2006 im Rahmen eines Unterprogramms für die Einführung intelligenter Straßenverkehrssysteme wird vorbereitet. Unter dem Fünften Rahmenprogramm laufen FTE- und Einführungsmaßnahmen zu intelligenten Verkehrssystemen und zugehörigen Technologien und Diensten.
Annahme einer Richtlinie über ein europäisches Berichts- und Informationssystem für die See- und Binnenschifffahrt	Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Rat <b>2001</b>	Ein Richtlinienentwurf wird bis Ende 2000 vorliegen.
Bereitstellung von Standortinformationen für Notrufdienste, auch über die Nummer 112 (neu vorgeschlagene Universaldienst-Richtlinie)	Europäische Kommission, Europäisches Parlament, Rat <b>2001</b>	Ein Vorschlag für eine Universaldienst-Richtlinie, einschließlich der Bereitstellung der europäischen Notrufnummer 112 mit Standortinformationen, wurde dem Europäischen Parlament und dem Rat im Juli 2000 <sup>17</sup> vorgelegt. Weitere Aspekte des Schutzes der

<sup>17</sup> Richtlinie über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, KOM(2000) 392 vom 12. Juli 2000.

		<p>Privatsphäre werden in der vorgeschlagenen Richtlinie über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre<sup>18</sup> behandelt, die Teil desselben Pakets von Regelungsvorschlägen ist. Zusammen mit der Industrie wurde eine Koordinierungsgruppe gebildet, die die Fragen bezüglich der Bestimmung des Standorts von ‚Drahtlos-Anrufern‘ weiter untersuchen und der Kommission Vorschläge unterbreiten soll. Auf der Grundlage dieser Konsultationen kann die Kommission im ersten Halbjahr 2001 erforderlichenfalls weitere Maßnahmen einleiten, um das Regelungspaket zu ergänzen. Verschiedenerlei Einführungsmaßnahmen - einschließlich vorbildlicher Verfahren für Notrufdienste - erfolgen im Rahmen der Programme TEN-Telekom und TEN-Verkehr und sind für 2001 auch im Rahmen des IST-Programms geplant.</p>
Schaffung des ‚einheitlichen europäischen Luftraums‘	Europäisches Parlament, Rat <b>2002</b>	<p>Eine im Februar 2000 gebildete hochrangige Gruppe aus Vertretern der Verkehrs- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten wird im Dezember 2000 ihren Bericht über die notwendigen institutionellen und rechtlichen Änderungen im Luftverkehrsmanagement veröffentlichen. Ende 2000 oder Anfang 2001 wird die Kommission in einer Mitteilung einen entsprechenden Aktionsplan entwickeln.</p>

<sup>18</sup> Richtlinie über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation, KOM(2000) 385 vom 12. Juli 2000.

